

Haushalt 2015; Stellungnahme der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich den vorgelegten Haushaltsentwurf für dieses Jahr aus Sicht der SPD Fraktion kommentiere, geht wie immer unser Dank an die Verwaltung für die professionelle Ausarbeitung und die fachkundige Erläuterung während unserer Haushaltklausur am 31. Januar. Bürgermeister Glanzner, Georg und Jakob Gärtner sowie Stefan Grimm haben ihren Samstagvormittag geopfert und alle unsere Fragen beantwortet.

Es sei mir gestattet eine kurze **Situationsbeschreibung über die Finanzierung der kommunalen Aufgaben in unserem Bundesland** zu geben. Das hilft aus unserer Sicht sehr beim Verständnis der Herausforderungen, die es beim Aufstellen eines hessischen Gemeindehaushalts im Jahr 2015 zu bewältigen gilt.

In der Presse oder auch in kommunalen Fachzeitschriften kann man derzeit lesen, dass sich die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Folge der guten Konjunktur in den letzten beiden Jahren bundesweit entspannt hat. Leider gilt das nicht für Hessen. Ausgeglichene Haushalte in Städten und Gemeinden sind und bleiben in unserem Bundesland die große Ausnahme. Der Schuldenstand der hessischen Kommunen beträgt aktuell rund **39,79 Mrd. €** Eine Prokopfverschuldung von **6.605 € in 2013, die höchste Verschuldung hinter dem Saarland. So stehen wir in Einhausen 2014 mit 284 € zwar noch recht gut da. Aber auch hier zeichnet sich eine negative Entwicklung ab.** Ein wesentlicher Grund für die Misere sind, die bundesweit niedrigsten direkten und indirekten Zuweisungen aus Landesmitteln. Wir halten diese Politik für einen Skandal, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass das Land die Kommunen und Kreise, die mit dieser knappen Finanzausstattung nicht mehr zurechtkommen, nicht mit ausreichenden Finanzmitteln ausstattet. Der jetzt geplante Kommunale Finanzausgleich, ist eigentlich sogar noch schlechter als vorher, füllt er doch einigen Kommunen die linke Tasche mit Geldern, die anderen Kommunen vorher aus der rechten Tasche genommen wurden – ausreichende Mittel stehen damit immer noch nicht zur Verfügung. Hatten wir in unserer Haushaltsrede 2013 noch gehofft, dass die skandalöse Politik der CDU/FDP – Regierung sich nach den Wahlen ändert, so trat doch mit der neuen Koalition Schwarz/Grün sehr schnell Ernüchterung ein. Denn auch künftig wird für die betroffenen Städte und Gemeinden in Wiesbaden entschieden, wie viel Kultur, Soziales oder Bildung sie sich leisten dürfen. Eine gruselige Vorstellung. Der Schulterschluss aller Kommunen in Hessen - gegen den KFA vorzugehen - lässt die Landesregierung offensichtlich kalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Wir sollten uns nicht vorschreiben lassen, dass ein Konsolidierungskorridor von 40 – 75 €/Jahr je Einwohner einzuhalten ist. Hier muss man sich echt überlegen, ob man nicht zum „Gallischen Dorf“ wird. Die SPD Fraktion ist jedenfalls nicht bereit, auf kommunaler Ebene die Kastanien aus dem Feuer zu holen und massive Kritik einzustecken wegen Grundsteuer- und Gewerbesteueranhebungen sowie teilweise kräftiger Gebührenerhöhungen, während sich andererseits Landes- und Bundesfinanzminister auf unsere Kosten für niedrige Steuersätze loben lassen!

Deshalb danken wir Ihnen noch einmal herzlich, dass Sie unserer Initiative bzgl. des kommunalen Finanzausgleiches gefolgt sind. Ebenso bedanken wir uns bei Bürgermeister Helmut Glanzner für die von ihm verfasste Resolution, der die Gemeindevertretung geschlossen zugestimmt hat.

Ich bin mal gespannt welche Rolle die Herren Bauer und Stefan spielen, denn sie sollten sich eigentlich für die Belange der Bürger und somit auch der Kommunen im Kreis Bergstraße einsetzen.

Der Haushalt 2015 weist im geplanten ordentlichen Ergebnis einen Negativsaldo von 413 T€ auf.

Die finanzielle Situation wird nicht besser. Trotz Erhöhung von Gebühren schaffen wir es kaum, Bewegungsspielraum zu haben. Dabei gibt es vieles anzugehen: Ortsentwicklung und Verkehrskonzept, Zukunftswerkstatt und Ortsmittelpunktgestaltung, Friedhöfe und Radwege, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir haben die geplanten Ansätze zu diesen Maßnahmen mitgetragen Die Budgetansätze für die meisten im Haushalt 2015 enthaltenen Produkte sind richtig und notwendig.

Das wegen der Defizitsituation notwendige Haushaltssicherungskonzept basiert allerdings im Wesentlichen auf Gebührenerhöhungen. Das ist wie soeben dargelegt - so nicht hinnehmbar. Wir haben zwar schweren Herzens den bisherigen Gebührenerhöhungen zugestimmt. **Aber!** wir sind nicht bereit, der Erhöhung der Kindergartengebühren zuzustimmen, zumal es hier zur größten Position der Kosten, nämlich den Personalkosten, durch die Satzungsänderung zum 1.1.2013 schon eine Beschlusslage gibt. Eine Erhöhung um + 15 % liegt für die meisten Familien weit über den Einkommenserhöhungen. Und gerade junge Familien sind bereits durch die Grundsteuererhöhung – der auch wir zugestimmt haben - bereits stark belastet. Es gibt andere Möglichkeiten im Ergebnishaushalt

13.000 € für dieses Jahr einzusparen als einfach so die Kindergartengebühren erhöhen zu wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand schreibt uns vor eine „Drittelregelung“ einzuführen. Eine Drittelregelung bedeutet, dass je ein Teil von den Eltern, dem Land und der Kommune gedeckt werde. Aber sind wir mal ehrlich, sollen wir unsere jungen Familien noch stärker belasten, wenn das Land Hessen auch nach der Einführung von KiFög gerade mal 13% erfüllt. **Deshalb beantragen wir, die geplante Erhöhung der Kindergartengebühren aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszunehmen.**

Als Alternative sehen wir eine Reduzierung der Beratungs- und Anwaltskosten um 15.000 €, was durchaus machbar ist.

Für die SPD Fraktion möchte ich daher feststellen, dass der Haushalt 2015 mit der notwendigen Sorgfalt und Klarheit aufgestellt wurde und sich im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde bewegt. Allerdings können und werden wir nicht mittragen, dass eine Erhöhung der Kindergartengebühren um +15% darin enthalten ist.

Unabhängig von der Beschlusslage ist es uns nach wie vor ein wichtiges Anliegen, die von uns initiierten Projekte und Vorhaben im Rahmen der Möglichkeiten weiter zu fördern.

Um einige Beispiele zu nennen:

- Energiekonzept
- Verkehrskonzept
- Ortsmittelpunktgestaltung

Die aufgeführten Prioritäten in Zeiten knapper Kassen lassen dafür naturgemäß wenig Spielraum - zumindest auf den ersten Blick. Das ist für uns als SPD-Fraktion allerdings noch kein Grund zur Resignation, Stillstand oder gar Rückschritt.

Wir werden uns dennoch oder gerade deswegen weiter wie bisher für Fortschritt und Entwicklung in und für Einhausen einsetzen. Sicher ergeben sich wie immer im Laufe des Jahres Verschiebungen und Veränderungen, die letztlich auch unterjährig Flexibilität ermöglichen.

Uneingeschränkte Zustimmung auch für den Antrag der Grünen, einen Betrag von 5.000 € als Finanzmasse für das Flüchtlingsnetzwerk einzustellen.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde deutlich, dass diese Gemeindevertretung aus finanziellen Gründen kaum Gestaltungsmöglichkeiten hat. Auch bei den Investitionen sind wir an die aktuellen Gegebenheiten und Sachzwänge gebunden. Alle Investitionen sind notwendig und unumgänglich.

Unseren Antrag Fahrradboxen aufzustellen, haben wir aus Gründen der Erwartungen an die Zukunftswerkstatt und den Verkehrsrahmenplan zurückgezogen, mit der Zusage der anderen Fraktionen, diese in 2016 verwirklichen zu können.

Mit Zielen arbeiten:

Im unserer Haushaltsrede 2013 hatten wir bereits das Konzept vorgestellt, mit Zielbeschreibungen und Kennzahlen im Haushalt zu arbeiten und sie gebeten, sich intensiver mit diesem Instrument zu beschäftigen und uns bei der Einführung zu unterstützen – eine Tischvorlage hatten wir dazu verteilt. Damals wurde das noch abgetan. Heute sehen wir im Haushalt solche Blätter und sehen uns in unserer Initiative bestätigt. Es hilft der Transparenz und erleichtert die Arbeit.

Ich möchte hier mit einem Zitat von David Mc Nally enden:

Niemand kann einem garantieren, dass man ein Ziel in einer bestimmten Zeit erreicht, aber man wird garantiert nie ein Ziel erreichen, das man sich nie gesetzt hat.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, unserem Antrag zur Entfernung der Gebührenerhöhung der Kindergartengebühren aus dem Haushaltssicherungskonzept zuzustimmen.